Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Amtsblatt

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20. Postscheckkonto: Leipzig 21366. Girokasse Riesa Nr. 52.

für die Amtshauptmannschaft Großenhain, das Amtsgericht und den Rat der Stadt Riesa, sowie den Gemeinderat Gröba.

№ 71. Freitag, 26. März 1920, abends. 73. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 3.— Mark ohne Zustellgebühr, bei Abholung am Postschalter monatlich 2.10 Mark ohne Postgebühr. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 43 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (7 Silben) 80 Pf., Ortspreis 70 Pf.; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Nachweisungs- und Vermittelungsgebühr 80 Pf. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Vierzehntägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 39. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Hähnel, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Vom Wirtschaftsministerium und Landstallamt sind **Druckstücke der 39. und 40. Mitteilung an die sächsischen Pferdezüchter auf die Jahre 1918 und 1919** hierher gelangt.

Pferdezüchter können die Druckschrift bei der für sie zuständigen Beschälstation entnehmen.

Die hier befindlichen Exemplare können hier eingesehen evt. auch auf einige Zeit zur Durchsicht überlassen werden.

Großenhain, am 24. März 1920.

809 aEl. **Die Amtshauptmannschaft.**

Brotkartenausgabe Sonnabend, den 27. März 1920, von 5—7 Uhr nachmittags bei den Ausgabestellen.

Weida, am 26. März 1920. **Der Gemeindevorstand.**

Wochenkartoffelkartenausgabe in Gröba.

Sonnabend, den 27. März 1920, vormittags 8 bis 1 Uhr

werden im Gemeindeamt, Zimmer Nr. 6, die **Wochenkartoffelkarten nur an diejenigen Personen ausgegeben,** welche bisher in der Wochenversorgung waren.

Der Kopf der alten Wochenkartoffelkarte ist abzugeben.

Gröba (Elbe), am 25. März 1920. **Der Gemeindevorstand.**

Die Pläne über die Errichtung einer oberirdischen Telegraphenlinie und die Auslegung von Fernsprecherdkabeln in **Gröba** liegen beim **Postamte Gröba vom 30. ab 4 Wochen aus.**

Dresden-A., 23. März 1920. **Ober-Postdirektion.**

Oertliches und Sächsisches.

Riesa, den 26. März 1920.

—* **Entlassungsfeier in der Knabenschule.** Gestern vorm. 9 Uhr fand in der Turnhalle der Knabenschule die feierliche Entlassung der 127 Knaben statt, die nach den gesetzlichen Vorschriften ihrer Schulpflicht genügt hatten. Nachdem die zahlreich Erschienenen mit Schülern und Lehrern gemeinsam das alte Lied: „Bis hierher hat mich Gott gebracht" gesungen hatten und Herr Becker als Gebet den 121. Psalm (Ich hebe meine Augen auf zu den Bergen) gesprochen hatte, ergriff Herr Direktor Fritzsche das Wort zu seiner Entlassungsrede. Er führte folgendes aus: Frei liegt die Zukunft vor euch. Freuen werdet ihr euch, daß ihr ein großes Stück dem Lebensziele näher gekommen seid. Aber doch soll eure Freude nicht zu laut sein; denn traurig und dunkel liegt die Zukunft unseres heißgeliebten Vaterlandes vor uns. Was sagt uns allen — besonders aber euch — diese ernste Stunde? Was das Vaterland von euch verlangt, das sagen uns die Einleitungsworte der neuen Verfassung: „Das deutsche Volk, einig in seinen Stämmen und von dem Willen beseelt, sein Reich in Freiheit und Gerechtigkeit zu erneuen und zu befestigen, dem inneren und äußeren Frieden zu dienen und den gesellschaftlichen Fortschritt zu fördern, hat sich diese Verfassung gegeben." Dinge werden von euch verlangt, die euch zu rechten Staatsbürgern machen sollen: 1. Bleibt allezeit einig! 2. Erneuert und festigt das Reich! 3. Dienet dem inneren und äußeren Frieden! 4. Fördert den gesellschaftlichen Fortschritt! Diese Forderungen, die gewiß in vielem nicht leicht sind, sind dazu angetan, daß ihr einmal rechte Staatsbürger werdet. Noch niemals ist soviel Hoffnung auf die Jugend gesetzt worden, als auf euch. Nehmt alle Kraft zusammen, daß ihr mit den anderen einig, in einem erneuten und gefestigten Reiche mit wahrem inneren und äußeren Frieden und mit dem rechten gesellschaftlichen Zustande leben könnt! Das gebe Gott! Nachdem der Schulchor unter Leitung des Herrn Kirchenmusikdir. Fischer den Scheidenden das Lied: „Ziehet hin in Frieden" gesungen hatte, verlas Herr Becker den Aufruf des Ministers des Kultus an die Jugend aller Schulen im Freistaate Sachsen vom 18. Januar 1920. Herr Dir. Fritzsche entließ darauf die Konfirmanden. Die Feier schloß mit dem bekannten Liede 424. — Möge unsere Jugend, die hinausgegangen ist in den harten Kampf des Lebens, alle die Hoffnungen erfüllen, die wir in so ernster Zeit auf sie setzen! A. E.

—* **Theater im Stern.** Am Palmsonntag gelangt Max Dreyers wertvolles Schauspiel „Die Siebzehnjährigen" zur Aufführung. Der Verfasser besitzt den großen Vorzug, nicht durch grobe Effekte zu wirken, sondern legt den Hauptwert auf treffende Charakeristik und offenbart die Tiefen der Menschenseelen mit ihren psychologischen Feinheiten mit erschütternder Wirkung. „Die Siebzehnjährigen" erlebten bei ihrer Uraufführung in München einen starken nachhaltigen Erfolg. Jedem Freund eines wirklich guten Schauspiels darf dieser Abend besonders empfohlen werden.

—* **Lautenabend.** Der Berliner Kammersänger Dr. Heinz Schall veranstaltet am 31. März in der „Elbterrasse" einen Lautenabend. Der Künstler ist, wie uns mitgeteilt wird, ein Meister seines Faches, einer der besten deutschen Lautensänger und der einzige, der auch die doppelchörige Laute spielt, das Instrument der Minnesänger des Mittelalters. Kammersänger Dr. Heinz Schalls Darbietungen sind von bedeutendem literarischen und kulturellen Wert.

—* **Ein falscher Kohlenrevisor.** Wie bekannt geworden ist, nimmt ein früherer Angestellter des Landeskohlenamtes Dresden, namens Ziegeler, Revisionen gewerblicher Unternehmungen vor, ohne hierzu befugt zu sein. Die beteiligten Kreise werden daher in ihrem eigenen Interesse gewarnt, Ziegeler den Zutritt in ihre Betriebe zu gestatten und dabei gleichzeitig darauf hingewiesen, daß zur Vornahme von Feststellungen und Revisionen nur die mit Ausweis versehenen Beamten und Angestellten des Landeskohlenamtes und des Kohlenausgleichs Dresden sowie der Gewerbeaufsichtsämter berechtigt sind.

—* **Zum Kapitalertragssteuergesetz.** Das sächsische Finanzministerium teilt mit: Das Kapitalertragssteuergesetz ist von der Nationalversammlung angenommen worden. Seine Veröffentlichung im Reichsgesetzblatt steht unmittelbar bevor. Die am 31. März 1920 fällig werdenden Zinsen und sonstigen Kapitalerträge unterliegen der Kapitalertragssteuer auch dann, wenn sie vor Inkrafttreten des Kapitalertragsteuergesetzes ausbezahlt werden. Die Schuldner der Zinsen und Kapitalerträge haften für die Zahlung der Kapitalertragsteuer.

—* **In der Volkskammer** sind kurze Anfragen von deutschnationalen Abgeordneten eingegangen betr. den Erlaß eines Tumultschädengesetzes mit rückwirkender Kraft sowie betr. Aenderungen des Entwurfes für den vorbereitenden Wirtschaftsrat zu Gunsten der sächsischen Landwirtschaft, von demokratischen Abgeordneten wurden Anfragen gestellt, betr. die Ausbildung der neuaufgenommenen Seminaristen nach der Beseitigung der jetzigen Lehrerbildungsanstalten, ferner betr. Uebergriffe tschechischer Grenzposten bei Ebersbach-Georgswalde sowie betr. die Vertretung des deutschen Handwerks im Reichswirtschaftsrat.

—* **Für Angestelltebei den Abwicklungsstellen.** Der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband teilt mit, daß er mit der Abwicklungsintendantur 12 neue Gehaltssätze für die Angestellten bei den Abwicklungsstellen des alten Heeres usw. mit Rückwirkung vom 1. Januar 1920 abgeschlossen habe. Nähere Auskunft erteilt die Geschäftsstelle des D. H. V. in Dresden, Ostraallee.

—* **Ueber die Beschlüsse des sächsischen Gesamtministeriums** in der Mittwochsitzung des Kabinetts, in der über die Forderungen der beiden sozialdemokratischen Fraktionen Beschluß gefaßt werden sollte, teilt die „Leipz. Volkszeitung" folgendes mit: 1. Das Palais, das bis zum Wiederaufbau des Leipziger Volkshauses den Gewerkschaften zur Verfügung gestellt werden soll, ist an die Bank für keramische Industrie (Bankhaus Arnhold, Dresden) vom Universitätsrichteramt auf die Zeit vom 1. April 1920 bis zum 31. März 1930 zum Mietpreis von 90 000 Mark pro anno vermietet. Es soll ein künstlerisch ausgestattetes Ausstellungsgebäude mit Läden werden. Außer der Messezeit sollen Studierende die Räume als Wohnräume benutzen. Diese Verpflichtung hat die Bank für 25 000 Mark abgelöst. Dr. Grabnauer versprach, mit Arnhold zu sprechen, ob die Bank nicht ein Jahr auf das Gebäude verzichten möchte. 2. Der beantragte Kredit von fünf Millionen Mark vom Staate für die Gewerkschaften soll noch zurückgestellt werden. Dazu bedarf es des Beschlusses der Volkskammer. Wegen der Konsequenzen ist die Entscheidung ausgesetzt. 3. Wegen der Aufhebung des Belagerungszustandes sind die Kreishauptmannschaft und der Regierungsbeauftragte aufgefordert worden, dem Ministerium telegraphisch Bericht zu erstatten. General von Pilsach ist aufgefordert worden, Bericht über den Brand des Volkshauses und die Vorgänge in Wiederitzsch zu erstatten. Danach soll entschieden werden, ob der Ausnahmezustand aufgehoben werden soll. Die Regierung ist bereit, den Belagerungszustand aufzuheben, falls genügend Waffen abgegeben werden. Restlos würden sie nicht erfaßt werden können. 4. Die Bestimmungen über die Einwohnerwehren werden vom Ministerium nach den Volkskammergrundsätzen neu bearbeitet. Die Einrichtung der Einwohnerwehren kann nur die Regierung genehmigen. Die Gemeinden sollen die Errichtung beschließen und die Genehmigung des Ministeriums einholen.

* **Sebnitz.** Wie das „Anzeigblatt" mitteilt, ist hier im Beisein eines Regierungsvertreters in einer Einigungssitzung, an der die Mitglieder des Stadtrates und die Führer der Demokraten, Mehrheitssozialdemokraten und Unabhängigen und der Sebnitzer Arbeiterrat teilnahmen, eine Einigung zur Beseitigung des verfassungswidrigen Zustandes herbeigeführt worden. Danach verpflichtet sich der Arbeiterrat, dafür zu sorgen, daß die im Besitz der von ihm vertretenen Arbeiterschaft befindlichen Waffen bis spätestens Donnerstag abgeliefert werden. Die verhängte Banksperre wird sofort aufgehoben und die Vertreter des Rates und der Parteien verpflichten sich, ihren Einfluß geltend zu machen, für die Zahlung des Streiktages und der Begräbniskosten. Der anwesende Regierungsvertreter übernahm die Garantie, daß die Regierung Straffreiheit für das Vergangene zusichert.

Pirna. Der Rat der Stadt Pirna schreibt: „Durch die Tagespresse ist in den letzten Tagen die Nachricht gegangen, daß in Pirna die Räterepublik ausgerufen, der Bürgermeister verhaftet und das Rathaus gestürmt worden sei. Diese Angaben stehen voll und ganz im Widerspruch zur Wahrheit und entsprechen in keiner Weise den Tatsachen. In Pirna ist lediglich das Postamt einige Stunden besetzt gewesen. Patrouillen wurden ausgesandt und ein Aktionsausschuß gebildet. Dieses alles aber vollzog sich ohne jede Beeinträchtigung der Ruhe der Stadt."

* **Bautzen.** Von der Kronprinzenbrücke stürzte am Dienstag ein unbekannter 20jähriger Mensch. Er ist an den schweren Verletzungen gestorben. — Das Reichsfinanzministerium hat der Errichtung eines Finanzamtes Bischofswerda zugestimmt. Der Amtsbezirk des Finanzamtes wird die Amtsgerichtsbezirke Bischofswerda und Schirgiswalde umfassen. Die Errichtung soll so bald wie möglich erfolgen. Als Diensträume sind Teile der alten Schule vorgesehen.

Arnsdorf. Als Freitag abend der Pferdejunge des Gutsbesitzers Berndt den Hofhund füttern wollte, der sich im Stalle des Beiguts befand, benutzte er eine Stearinkerze. Infolge unvorsichtigen Hantierens mit dem Lichte geriet Stroh in Brand. Das Feuer vernichtete 50 Ballen Stroh, wurde aber gelöscht, ehe es weitergreifen konnte. Durch den Rauch hatten aber, wie das „Roßweiner Tageblatt" schreibt, 13 Stück Rindvieh eine so schwere Rauchvergiftung erlitten, daß sie abgestochen werden mußten

Bad Elster. In Bärenloh waren im Köhlerschen Gute mehrere Arbeiter mit Erdarbeiten beschäftigt. Dabei machte sich die Legung von Schüssen nötig, von denen einer versagte. Der Schachtmeister Schönherr aus Breslau, ein zuverlässiger Mann, begab sich nochmals nach der Sprengstelle, um nach dem Versager zu sehen. Im selben Augenblick entlud sich der Schuß und der unglückliche Mann wurde in Stücke zerrissen.

Schönheide. Die 18jährige Tochter eines Bürstenfabrikarbeiters spielte mit einer Selbstladepistole, die ihr Vater mit aus dem Felde gebracht hatte. Dabei löste sich ein Schuß und drang einer 22jährigen Bürstenarbeiterin in den rechten Oberschenkel. Die Verletzte liegt schwer darnieder. Die Tochter und auch der Vater wollen nicht gewußt haben, daß die Pistole geladen war.

Annaberg. Die letzte Holzauktion im Annaberger Ratswald erbrachte 1 106 000 Mark Erlös. Das Festmeter Schleifholz wurde mit 600 Mark, Klötzer mit 530 Mark bezahlt. In der Dezemberauktion 1919 erbrachte das Festmeter 264 Mark. Innerhalb 3 Monaten 100 Proz. Steigerung.

* **Hohenstein-Ernstthal.** Eine böse Erfahrung hat der hiesige kommunistische Aktionsausschuß gemacht. Am 14. März wurde der Kommunist Emil Zehl vom Aktionsausschuß mit der Leitung der Polizeigewalt in unserer Stadt beauftragt. Am 15. März hat er einem verhafteten Bäckermeister 1000 Mark entwendet. Nachdem verschiedene Personen unschuldig in Verdacht geraten waren, gelang es am 23. März, den Dieb zu überführen. Ein Teil des Geldes konnte dem Bestohlenen wieder zugestellt werden. Die Angelegenheit hat natürlich noch ein gerichtliches Nachspiel. Z. ist vom Aktionsausschuß seines Amtes enthoben worden.

Friedrichsgrün bei Falkenstein. Hier erschoß der etwa 60 Jahre alte Tamburierer Hermann Dressel seine Ehefrau und brachte sich dann selbst einen Schuß bei, an dessen Folgen er bald darauf verstarb. Dressel schien nicht mehr geistig zurechnungsfähig gewesen zu sein.

* **Glauchau.** Am Mittwoch fand die Wahl zum Vollzugsrat statt, der an die Stelle des Aktionsausschusses treten soll. Gewählt wurden 5 Mehrheitssozialisten, 3 Kommunisten und 1 Unabhängiger. Der Aktionsausschuß hat dem Vollzugsrat die Geschäfte übergeben.

Zwickau. Durch den Generalstreik in voriger Woche ist im Zwickauer Steinkohlenrevier ein Förderungsausfall von 31 430 Tonnen entstanden.

* **Langenberg-Falken.** Bei einem Gutsbesitzer wurde hier eine Kiste mit Silber- und Goldgeld im Werte von mehreren 1000 0 Mark beschlagnahmt.

* **Plauen.** Die Stadtverordneten beschlossen die Bildung einer Einwohnerwehr, die sich zu zwei Dritteln aus Anhängern der drei sozialistischen Parteien und einem Drittel aus Nichtsozialisten zusammensetzen soll. Angehörige der Zeitfreiwilligenverbände dürfen nicht in die Einwohnerwehr aufgenommen werden. — Den städtischen Arbeitern werden die Streiktage bezahlt. — An der Elsterberger Straße wurde das Gespann des Gutsbesitzers Hering aus Taltitz angerufen und darauf geschossen, als es dem Führer nicht gleich gelang, die Pferde zum Stehen zu bringen. Dabei wurde Hering so schwer verwundet, daß er verstorben ist. Sein Sohn wurde schwer verwundet.

* **Leipzig.** In der Sitzung der Stadtverordneten kam der Brand des Volkshauses zur Sprache. Allgemein wurde das lebhafte Bedauern über den Brand des prächtigen Gebäudes ausgedrückt. Der Rat wird umgehend Beschlüsse fassen, um Räume und Betriebskapital für die Abgeordnetenversammlungen zu beschaffen. Die Stadtverordneten nahmen ferner einen Antrag der Mehrheitssozialisten an, nach dem das Kollegium den Eingriff des Militärbefehlshabers Senft v. Pilsach in die Rechte der Stadtverordneten zurückwies und den Vorsteher beauftragte, beim Ministerium Beschwerde über diesen Eingriff zu führen. Dann wurde ein Antrag der Unabhängigen angenommen gegen die bürgerlichen Stimmen, der die Leipziger Stadtverordnetensitzung bis auf weiteres vertagt.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Berufung im Erzberger-Prozeß. Berliner Blätter melden, daß gegen das Urteil im Erzbergerprozeß sowohl von Erzberger als auch von Helfferich Revision eingelegt worden sei.

Die Aburteilung der Staatsstreichler. Dem Reichsrat ist der Gesetzentwurf betreffend die Aburteilung der mit dem hochverräterischen Unternehmen vom 13. März 1920 zusammenhängenden Straftaten durch die ordentlichen bürgerlichen Gerichte zugegangen. Danach steht die Aburteilung, auch soweit es sich um der Militärgerichtsbarkeit unterstellte Personen handelt, ausschließlich den ordentlichen bürgerlichen Gerichten zu. Der Entwurf wurde zunächst in eingehender Ausschußberatung vom Reichsrat beraten.